Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Abend-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.— für Abholer monatl. M. 9.30, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 8.—, vierteljährlich M. 27.—, Auslandsversand: monatlich M. 16.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf. Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile Mk. 1.75, von auswärts Mk. 2.25. Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil Mk. 3.50, von auswärts Mk. 5.—, kleine Anzeigen die Nonpareillezeile Mk. 1.50. Bei Wiederholungen Nachlaß. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Erfüllungsort Leipzig. Fernsprech-Anschluß: Nr. 17000 bis 17004. Postscheckkonto Leipzig 3364. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8.

Herausgeber: Dr. Peter Reinhold.
Druck und Verlag: Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H.

Nr. 526 — **Mittwoch, den 26. Oktober** — **1921**

Mordanschlag auf den bayerischen Minister a. D. Auer

Auer blieb unverletzt

Politischer Anschlag der Nationalsozialisten

(Eigener Drahtbericht.)

München, 26. Oktober.

Auf den mehrheitssozialistischen Abgeordneten Auer, der schon als Minister nach der Ermordung Eisners das Opfer eines Attentats von linksradikaler Seite geworden ist, das ihm damals beinahe das Leben gekostet hätte, wurde letzte Nacht um ½12 Uhr abermals ein Mordanschlag verübt. Die auf ihn abgegebenen Schüsse verfehlten jedoch ihr Ziel, Auer blieb unverletzt.

Auer hatte einer Sitzung des sozialdemokratischen Parteivorstandes im Gewerkschaftshause beigewohnt. Schon auf dem Hinwege war es seinen beiden Begleitern aufgefallen, daß ihnen ein Mann seit längerer Zeit folgte und selbst bis in die Einfahrt des Gewerkschaftshauses mit hineinging. Als Auer mit vier Parteigenossen auf dem Heimwege am südlichen Friedhofe vorbeiging, fielen plötzlich vom Gittertor her, unmittelbar aufeinanderfolgend, zwei Schüsse, die jedoch nicht trafen. Auer wandte sich bei dem ersten Schusse sofort zurück und zog seinen Browning. Er feuerte fünf Schüsse in der Richtung, aus der die auf ihn gerichteten Schüsse gekommen waren. Er hörte auch einen Ausruf, aus dem er schloß, daß der Täter getroffen sei. Die sofort benachrichtigte Schutzmannschaft streifte den Friedhof alsbald nach dem Täter ab.

Im Anschluß an das Attentat ist daran zu erinnern, daß vor drei Tagen der verantwortliche Schriftleiter des nationalsozial-deutschvölkischen Beobachters zu einer Geldstrafe von 600 M wegen Verleumdung Auers bestraft worden ist. Von Auer war auch dem Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld das Material zur Verfolgung der Geheimorganisationen übergeben worden. Vor einigen Tagen entfachten in einer Versammlung für Oberschlesien die Nationalsozialisten, die ungeladen erschienen waren, einen Skandal, als mitgeteilt wurde, daß Auer seit der Uebergabe des Materials und seit dessen Veröffentlichung in der Münchner Post tagtäglich Drohbriefe bekomme, in denen ihm das gleiche Schicksal Eisners in Aussicht gestellt wurde.

Zusammentreten des Reichstages 4 Uhr nachmittags

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 26. Oktober.

Die heutige Plenarsitzung des Reichstages, die ursprünglich auf 12 Uhr anberaumt und dann auf 2 Uhr verlegt worden war, ist durch den Beschluß des Aeltestenrates, der um 12 Uhr zusammentrat, endgültig auf 4 Uhr nachmittags anberaumt worden. Der Aeltestenrat hat beschlossen, dem Reichskanzler mitzuteilen, daß keinerlei amtliche Mitteilung nach Paris gerichtet werden möge, bevor der Reichstag gesprochen habe.

Die Reichstagsvollsitzung wird mit einer Programmerklärung des Reichskanzlers zur oberschlesischen Frage eröffnet werden.

*

Der Reichstag wird von Stunde zu Stunde vertagt, weil die neue Regierung noch nicht fertig ist. Es handelt sich dabei nicht etwa darum, daß eine Mehrheit für die vom Reichskanzler verfolgte Politik zweifelhaft wäre, sondern nur um Personenfragen.

Es scheint wirklich, daß uns auch bei dieser Gelegenheit nichts von dem ganzen Elend der Fraktionspolitik erspart bleiben soll. Leider liegt ein Teil des Widerstandes bei den Demokraten. Sie wollen ihren bisherigen Regierungsmitgliedern nicht gestatten, auch nur für ihre Person ohne Auftrag der Partei an der Regierung teilzunehmen. Damit ist eine Wiederkehr des Justizministers Dr. Schiffer ausgeschlossen, denn er dürfte auf seine Stellung in der Partei mehr Wert legen als auf die Beibehaltung seines Portefeuilles. Dieser Wechsel wäre schließlich auch zu verschmerzen, da anzunehmen ist, daß Dr. Schiffer, der ein juristischer Fachmann mit weitschauenden und energischen Plänen zur Justizreform ist, doch noch bei anderer Gelegenheit die Möglichkeit finden wird, seine Kraft an derselben Stelle auszuwirken. Schlimmer aber liegt der Fall bei Dr. Geßler und Dr. Rathenau. Der Rücktritt Geßlers wäre ein Verlust für die Reichswehr, und eine Partei, die bei ihrer jetzigen Haltung ganz besonderen Wert darauf legt, daß sie in nationaler Hinsicht überall anerkannt wird, sollte es sich doch überlegen, ob sie aus Parteirücksichten einen so tüchtigen Fachminister, und gerade den Reichswehrminister, aus seinem Amte ziehen soll. Wieder anders liegt der Fall Rathenau. Sein Rücktritt würde die notwendige Kontinuität im Aufbauministerium sehr stören. Wir erwarten von Rathenau, daß er lieber aus der Partei austritt, als sein Amt verläßt. Er ist nicht als Parteiminister hineingekommen, und es wäre unlogisch und seiner nicht würdig, als Parteiminister hinauszugehen.

Die letzten Verhandlungen mit den Parteien

Das Zentrum hat sich erst in letzter Stunde für die Parole entschieden, für die von Anfang an nur die sozialistischen Parteien zu haben waren: Verwahrung, aber Annahme.

Die Demokraten verharren auf dem Standpunkt: Ablehnung der Anerkennung, aber Entsendung des Bevollmächtigten. In führenden demokratischen Kreisen legt man Wert auf die Feststellung, daß es zwar nicht gelingen werde, eine Brücke von der demokratischen Formel zur sozialdemokratischen zu schlagen, daß die Verhandlungen aber noch schwebten, und daß diese erst abgebrochen wurden, als von seiten der Deutschen Volkspartei eine Indiskretion begangen wurde. Es wurde nämlich in einer von der Deutschen Volkspartei ausgehenden Veröffentlichung gesagt: die Sozialdemokraten hätten sich bereit erklärt, die Linie des Protests, über die man in einer interfraktionellen Sitzung einig geworden war, zu verlassen, wenn die Entente das fordere. Den Demokraten konnte nun nicht mehr zugemutet werden, in eine Koalition mit der Partei zu treten, von der bereits in der Oeffentlichkeit feststand, daß sie ihren Proteststandpunkt aufgeben werde. Aus diesem Grunde hat die demokratische Reichstagsfraktion in ihrer heutigen Vormittagssitzung endgültig beschlossen, in das Kabinett nicht einzutreten. Ob Mitglieder der Demokratischen Partei, als welche der Minister Dr. Geßler und Wiederaufbauminister Dr. Rathenau in Frage kommen, als Fachleute, nicht als Vertreter der Partei, dem Kabinett Wirth angehören werden, unterliegt noch der Beschlußfassung.

Das vermutliche neue Kabinett Wirth

Berlin, 26. Oktober.

Das neue Ministerium dürfte, wenn die Demokraten die Genehmigung für Dr. Geßler und Dr. Rathenau erteilen, im neuen Kabinett Wirth zu bleiben, wie folgt aussehen:

Reichskanzler und Auswärtiges: Dr. Wirth.
Vizekanzler und Schatzminister: Bauer,
Inneres: Adolf Köster,
Finanzen: Dr. Jarß,
Wehrminister: Dr. Geßler,
Wiederaufbau: Dr. Rathenau,
Wirtschaftsminister: Robert Schmidt,
Ernährungsminister: Dr. Hermes,
Postminister: Dr. Giesberts,
Arbeitsminister: Braun,
Verkehrsminister: Groener,
Justizminister: Spahn.

Sollten wider Erwarten die Demokraten die erhoffte Genehmigung nicht erteilen, so sind das Wehrministerium General Reinhardt, der schon einmal in den ersten Wochen nach der Revolution an der Spitze der Heeresleitung gestanden hat, und für das Wiederaufbauministerium der Sozialdemokrat Silberschmidt in Aussicht genommen. Der letztere ist gegenwärtig parlamentarischer Beirat im Wiederaufbauministerium.

Ein grober Vertrauensbruch der Deutschen Volkspartei

Der Vorwärts veröffentlicht in der Mittwoch-Morgenausgabe folgende Erklärung:

Die unterzeichneten Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Sitzung beim Reichspräsidenten vom 24. Oktober erklären: Die Vertreter der Deutschen Volkspartei haben der Presse einen Bericht über die vertrauliche Sitzung beim Reichspräsidenten zugehen lassen, der einen Vorgang, der sich dort abgespielt hat, im großen ganzen richtig wiedergibt. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei haben dort ein Verfahren in der oberschlesischen Frage vorgeschlagen, von dem sie selber als möglich voraussehen, daß er zu neuen Zwangsmaßnahmen der Entente gegen Deutschland führen würde. Sie haben zugleich versucht, sich für ein solches Verfahren Deckung durch die übrigen in der Sitzung vertretenen Parteien zu sichern. Diese Deckung konnte ihnen nicht versprochen werden, da unsere Partei gewissenhafterweise nicht die Verantwortung für ein Verfahren übernehmen kann, das zwar den Gegner zu Zwangsmaßnahmen gegen das deutsche Volk provoziert, diesem aber eine Möglichkeit erfolgreicher Abwehr nicht bietet. So wenig unsere Aeußerungen die Oeffentlichkeit zu scheuen haben, so waren sie doch nicht für diese bestimmt. Interfraktionelle Besprechungen sind vertraulicher Natur. Die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses sind sogar durch die Verfassung in ihrer Vertraulichkeit geschützt. Was für sie gilt, muß sinngemäß auch für die Beratungen der Parteivertreter gelten, die sich mit äußeren Schicksalsfragen des deutschen Volkes beschäftigen. Wir erblicken in der Veröffentlichung der Vorgänge in der interfraktionellen Beratung der Deutschen Volkspartei einen von rein parteitaktischen Erwägungen diktierten, die Interessen des Reiches schädigenden Vertrauensbruch.

Hermann Müller. Scheidemann. Wels.

Blutegel

Von

Dr. L. Herz,

Geschäftsführer des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses

In den Tagen, in denen der Dollar an der Berliner Börse in die Wolken kletterte, hat der Reichsschatzminister dem Reichstag eine Denkschrift über die Besatzungskosten überreicht, die vom Tage des Waffenstillstandes bis Ende März 1921, ausschließlich der Kosten für die „Sanktionen", entstanden sind. Die Ausgaben, die den Besatzungsmächten für ihre Besatzungsarmeen entstehen, belaufen sich auf rund 4 Milliarden Goldmark. Die Ausgaben, die dem Deutschen Reiche durch unmittelbare und mittelbare Leistungen für die Interalliierte Rheinlandkommission und die Besatzungsarmeen erwachsen sind, betragen für dieselbe Zeit von 26 Monaten über 7¼ Milliarden Papiermark. Daß zwischen der Entwertung der Mark und der Höhe dieser gänzlich unproduktiven Ausgaben Beziehungen bestehen, braucht nicht besonders nachgewiesen zu werden. Diese phantastischen Summen stehen in einem direkten Gegensatz zu den Vereinbarungen zwischen den interalliierten Mächten vom Juni 1919, nach denen die Besatzungskosten 240 Millionen Goldmark im Jahre nicht übersteigen sollen.

Die Denkschrift betont zutreffend, daß nicht angenommen werden kann, daß die Rheinlandkommission und die verantwortlichen Stellen der Besatzungsarmeen sich der Vertragswidrigkeit ihrer Forderungen nicht bewußt gewesen wären. Das ergibt sich schon daraus, daß der französische Minister Loucheur bei den Versailler Verhandlungen ausführte, die Besetzung im Rheinland werde die frühere deutsche Friedensbewegung nur wenig überschreiten. Diese betrug rund 70 000 Köpfe. Die Gesamtbesatzungsstärke der vier Besatzungsarmeen beläuft sich heute noch auf mindestens 120 000. Den ehemaligen 28 deutschen Friedensgarnisonen standen im Sommer 1920 267 von den Besatzungsarmeen und den Delegierten der Rheinlandkommission belegte Orte gegenüber. Deutschland hatte 11 Flugplätze; von diesen ist einer vergrößert, 22 neue sind hinzugekommen. Dazu kommen große Uebungsplätze usw. Im ganzen sind 2195 Hektar Kulturland von den Besatzungstruppen beschlagnahmt und der Volksernährung entzogen worden. Nicht anders als die Besatzungsbehörden arbeitet die Rheinlandkommission. Nach Artikel 2 des Rheinlandabkommens besteht diese aus vier Mitgliedern. Trotzdem sind noch Delegierte bestellt und eine vollkommen ausgebaute Kontrollorganisation geschaffen worden, so daß sich die Kommission jetzt aus 1200 Mitgliedern zusammensetzt. Die Hauptursache für die ins Unermeßliche wachsenden Besatzungskosten bildet demnach die mit den Vereinbarungen und dem Zweck der Besetzungen in keiner Weise im Einklang stehende Besatzungsstärke und Personalvermehrung der Kommission.

Das ist aber nicht der einzige Grund. Auch die ungeheuerlichen Ansprüche, die von den übermütigen Siegern gestellt werden, erhöhen die Lasten in unerträglicher Weise. So betrugen die Kosten für den Theater- und Kinobesuch der Truppen in einem Jahre nicht weniger als 10¾ Millionen Mark. Für die Einrichtung der nur von den Franzosen verlangten Bordelle mußten 678 000 Mark ausgegeben werden. Welche Kosten es verursachen wird, daß den Besatzungstruppen das Jagdvergnügen unter besonders günstigen Bedingungen verschafft werden muß, steht noch nicht fest; mit welcher Rücksichtslosigkeit aber von ihnen vorgegangen wird, zeigt gerade jetzt eine kleine Anfrage im Reichstag.

Ungeheuerlich sind die Ansprüche, die für die Einquartierung gestellt werden. Die Bestimmungen der Haager Konvention, nach denen auf die Verhältnisse des besetzten Gebietes Rücksicht zu nehmen ist, also auch auf dessen Wohnungsnot, werden als ein Fetzen Papier betrachtet. Wenn man einmal gesehen hat, wie sich die Franzosen im eigenen Lande im Raum beschränken, weiß man nicht, ob man sich über die Anforderungen der französischen Militärbehörde, die z. B. für Generale sogar ein Billardzimmer verlangt, ärgern oder lachen soll, namentlich wenn man von der Zahl der angeforderten Badezimmer hört, für die die Franzosen zu Hause nur selten ein Bedürfnis empfunden haben. Um nur ein Beispiel zu geben: Die Unterbringung des Oberkommandierenden der französischen Rheinarmee in einem ehemaligen großherzoglichen Schloß in Mainz hat an einmaligen Ausgaben 1½ Millionen verschlungen, die jährlichen Unterhaltungskosten bewegen sich in entsprechender Höhe.

Zu den baren Auslagen kommt noch der Schaden, den die Quartierlast in den Badeorten verursacht; in Ems, Kreuznach, Königstein z. B. sind die für den Badebetrieb wichtigsten Baulichkeiten beschlagnahmt und die besten Hotels und Privathäuser als überaus luxuriöse Offizierkasinos eingerichtet worden. Auch die Schulen leiden. Dafür ist besonders charakteristisch das Vorgehen in Mainz. Dort haben die Franzosen in deutschen Schulgebäuden ein Mädchen- und Knabenlyzeum mit Internaten eingerichtet. Sie haben nun allerdings erklärt, daß sie die Kosten für die französischen Schüler selbst tragen würden. Hier kommt der Pferdefuß heraus; sie rechnen nämlich auch auf den Besuch deutscher Schulkinder, und dadurch auf eine Französierung der Bevölkerung. Aehnliche Motive bestimmten ihr rigoroses Vorgehen, als die deutsche Behörde der Errichtung einer französischen Bank in den Rheinlanden Schwierigkeiten zu machen schien.

Betrachtet man das Bild, das die Denkschrift zeichnet, so

SLUB
Wir führen Wissen.